

beliebtes Wort von Bischof Schönherr zu gebrauchen –, die uns auferlegt war, nicht manches Mal erheblich abgerutscht sind, und zwar im Sinne einer zu weitgehenden Anpassung an den real existierenden Sozialismus. Waren und sind wir nicht überhaupt zu oft an den Zeitgeist angepaßt – auch heute? Leicht wird dabei vergessen, daß die Kirche das ganz andere vertritt, eine ganz andere Dimension. Davon muß immer etwas durchleuchten.

Heute klang mehrfach die Frage an, damit komme ich zum allerletzten, ob wir nicht als Kirche wieder ein Schuldbekennntnis abzulegen hätten. Da bin ich sehr zurückhaltend, denn Bekennen von Schuld ist zunächst einmal etwas sehr Persönliches. Jeder muß sich selber fragen, an welcher Stelle er versagt hat. Da wird jeder Punkte finden, wo er zugeben muß: Du bist der Situation nicht gerecht geworden. Unsere evangelische Kirche hat im Mittelpunkt das Wort „Rechtfertigung“, wie hoffentlich nicht nur die Fachleute wissen. Damit ist nicht die Selbstrechtfertigung gemeint. Ich finde es deprimierend, wenn auch im Blick auf diese „Kirche im Sozialismus“ so viel Selbstrechtfertigung betrieben wird in dem Sinne: Es ging nicht anders, und wenn noch einmal dieselbe Situation käme, würden wir es genauso machen. Nicht Selbstrechtfertigung, sondern Rechtfertigung aus dem Glauben, aus der Gewißheit der Vergebung heraus. Davon geht eine befreiende Kraft aus, das macht uns Mut zur Ehrlichkeit, auch vor uns selber, und diese brauchen wir. Ganz besonders brauchen wir sie nicht zuletzt bei der Behandlung unseres Themas. (Beifall)

**Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer:** Vielen Dank, Bruder Steinlein. Es ist schön, daß auch Lutheraner so unterschiedlicher Meinung sein können. Bruder Besier, Bruder Steinlein hat gerade gefragt, und das war nicht nur eine rhetorische Frage: Sind wir bei der Gratwanderung abgerutscht? Und Manfred Wilke, das sachverständige Mitglied unserer Enquete-Kommission, vertritt öffentlich die These, daß die SED mit ihrer Kirchenpolitik die Bedingungen bestimmte, unter denen die Kirche handelte. Hat also die Kirche eigentlich nur auf einem ihr vorgegebenen Weg gehandelt und ist sie, so ist ja Ihre These, dann in ein Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis geraten, von dem sie nachträglich erst gemerkt hat, wohin sie geraten ist? Die Frage an Sie: Ist das so? Wie sehen Sie das?

**Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier:** Zunächst einmal möchte ich bei der Frage der Selbst- und der Fremdbezeichnung anknüpfen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß der Kirchenbund von der EKD nicht als einer „Kirche im Kapitalismus“ gesprochen hat, und die EKD hat auch keine Selbstbezeichnung gewählt, also „die Kirche in der sozialen Marktwirtschaft“ oder „die Kirche in der bürgerlichen (westlichen) Gesellschaft“ oder ähnliches. Dies ist nicht der Fall gewesen. Sie verstehen vielleicht, daß ich im folgenden den Versuch unternehme, aus westlicher Sicht zu beschreiben, wie man dort auf kirchenleitender Ebene die Kirche im Sozialismus gesehen hat. Da gibt es

Schlüsselszenen, in denen die EKD seitens des DDR-Kirchenbundes mehr oder weniger deutlich als Parteigängerin des westlichen Systems angesprochen und zum Umdenken aufgefordert wurde. Es ist richtig, Bischof Leich, daß keiner öffentlich von einer Kirche im Kapitalismus geredet hat, aber in diesen Schlüsselszenen haben Repräsentanten des Kirchenbundes die Westkirche gemahnt, sich nicht von der Bundesregierung vereinnahmen zu lassen. Umgekehrt ist interessant, darauf hat Frau Schmoll schon hingewiesen, daß in internen Gesprächen, etwa in der sog. Konsultationsgruppe, also in einer kleinen Gruppe besetzt mit kirchenleitenden Persönlichkeiten aus dem Kirchenbund und der EKD, sehr wohl auch von seiten westlicher kirchenleitender Persönlichkeiten das gesagt worden ist, was vielleicht Sie hätte zum Nachdenken veranlassen können. Beispielsweise sagte Bischof Binder (Bonn) 1983 – ich zitiere aus dem kirchlichen Protokoll: „Einseitige Äußerungen aus dem Bereich der Kirchen in der DDR könnten dazu führen, daß der Verdacht unter den Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr abzuwehren ist, daß in der DDR eine gleichgeschaltete Kirche existiert.“ Es gab bestimmte Themen, bei denen im Westen der Eindruck entstand, daß die Kirche in der DDR mehr ist als nur die Kirche in der DDR, sondern eine Kirche im Sozialismus, die in der Tat eine sehr viel größere Nähe zu dem System aufwies, als sie vielleicht deutlich sagte. Im Zusammenhang mit der Friedensfrage etwa hat es verschiedene Kontroversen gegeben. Wie aus den kirchlichen Protokollen hervorgeht und wie mir westliche kirchenleitende Persönlichkeiten aus dem internen Kreis bestätigt haben, wurden die offenkundigen Differenzen der Voten zwischen den westlichen und östlichen Teilnehmern auf die Verschiedenheiten in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückgeführt. Auch die kirchlichen Berichte, die auf westlicher Seite über Vorträge östlicher kirchenleitender Mitglieder mit ausdrücklichen Stoßseufzern dann nach Bonn weitergegeben wurden, sprechen Bände. Es war also durchaus so, daß aus der Perspektive der EKD, vor allem derjenigen Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise mit der DDR-Kirche befaßten, und zwar bei inhaltlichen Fragen – es führt ja zu nichts, daß wir uns um die bloße Formel Kirche im Sozialismus streiten – immer und immer wieder der Eindruck entstand, hier habe eine Annäherung an das Regime stattgefunden, die zu einer ganz charakteristisch anderen Sichtweise führte, als das im Westen der Fall war.

**Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer:** Vielen Dank. Bruder Schröder, Sie haben auf der EKD-Synode in Suhl 1992 unter dem Stichwort „Diktatur des Proletariats“, „Diktatur des Politbüros“, die Diktatur mit Geiselnemern und Geiseln verglichen. Sie haben das Bild gebraucht und gesagt: „Eine Diktatur ist zu vergleichen mit Geiselnemern und mit Geiseln. Und da gibt es eigentlich nur drei Möglichkeiten, sich halbwegs anständig zu verhalten. Entweder man gibt sich still oder man übergibt sich ganz den

Geiselnern, also man paßt sich an, oder man versucht, indem man mit Geiselnern Kontakt aufnimmt und auf freundliche Weise versucht, mit ihnen zu reden, dann doch noch etwas für sich und für andere zu erreichen.“ Wie würden Sie, nach dem, was Sie jetzt wissen und gehört haben und auch nach dem, was wir heute diskutiert haben, die Formel „Kirche im Sozialismus“ in dieses Schema einordnen?

**Prof. Dr. Richard Schröder:** Ich stimme denen zu, die sagen, sie sei spezifisch unklar gewesen. Das sage ich auch nicht erst hinterher, sondern das habe ich 1988 auch in Westberlin drucken lassen. Sie ist spezifisch unklar gewesen. Sie ist nie dazu geeignet gewesen, das zu sein, was sie für manche sein sollte: Eine echte Ortsbestimmung. Sie ist zweifellos eine Aufnahme der Sprache der Genossen. Das kann man vor allen Dingen, finde ich, an diesem eigentümlichen Gebrauch des Wortes Sozialismus nachweisen. Dieses hier schon zitierte Wort von Seigewasser stammt nämlich noch aus der Zeit, wo das Wort Sozialismus – man hat ja sozusagen die sozialistische Staatlichkeit noch nicht so sehr hochgehängt – zunächst ein Name für die Gesellschaft in ihrem Status quo, für den Staat DDR, für das sozialistische Weltlager und irgendwie auch noch für die Weltanschauung war. Das Ja, das Seigewasser da von der „Kirche im Sozialismus“ erwartet, ist konkret, wenn man den Text genauer nachliest, die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit. Es ist zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber dem Staat, eine Übernahme von Terminologie, die nicht auf theologischem und auch nicht innerkirchlichem Boden gewachsen ist. Das ist in meinen Augen ganz selbstverständlich. Die Formel hat sich aber gerade in diesem Charakter um den Preis der Klarheit auf die Sprache der anderen Seite eingelassen. Die Formel ist in dieser Hinsicht aber nicht geeignet, zu beschreiben, wie in der Kirche mehrheitlich gedacht worden ist. Mir ist jetzt erst wieder ein Papier in die Hände gefallen, das, glaube ich, für unsere Frage: Wie ist denn nun „Kirche im Sozialismus“ konkret gedacht worden, aufschlußreich ist. Eine Synode des Bundes hat Anfang der siebziger Jahre dem Ausschuß Kirche und Gesellschaft zwei Fragen gestellt. Die erste Frage hieß, wie sich Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft vollziehen müßten. Und die andere Frage lautete, wie sich die christliche Botschaft des Evangeliums zur Ideologie, speziell zur marxistisch-leninistischen Ideologie verhalte. Dazu sind dann von dem Ausschuß zwei Ausarbeitungen gemacht worden, die, muß ich nun sagen, fatalerweise nie veröffentlicht worden sind, sondern am 12./13. Januar 1973 von der Konferenz der Kirchenleitung zur Kenntnis genommen und freigegeben wurden für die Diskussion von Gremien und Einzelpersonen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wollen. Der letzte Satz des Vorspruchs lautet: „Eine Veröffentlichung, auch auszugsweise, ist nicht gestattet.“ Ich will einmal ausdrücklich auf diese Papiere hinweisen, weil sie den ersten Versuch eines synodalen Gremiums dokumentieren,